



Niederschrift

58. Plenarsitzung des Gemeinderates
27. November 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Punkt 2 der Tagesordnung: Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2019/2020: Satzungsbeschluss zur Vorlage und Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde Vorlage: 2018/0769

Beschluss:

Der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020 wurde am 24. Juli 2018 mit den Etatreden des Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup und der Finanzdezernentin Gabriele Luczak-Schwarz eingebracht. Die Fraktionssprecher, Sprecher der Gruppierungen sowie Einzelstadträte haben am 25. September 2018 zum Haushalt Stellung genommen.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Frank Mentrup wurden der Entwurf des Haushaltes sowie die 1. Veränderungsliste am 6. November 2018 im Hauptausschuss vorberaten; die Beratung fand in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 20./21. November 2018 statt.

Die in der Sitzung des Gemeinderates vom 20./21. November 2018 beschlossenen Veränderungen sind in der beigefügten 2. Veränderungsliste (Anlagen) enthalten. Darüber hinaus enthält die 2. Veränderungsliste außerdem die Erhöhung des Kreditbedarfs der Jahre 2020 bis 2023 auf den sich neu ergebenden Bedarf.

Abstimmungsergebnis:

Bei 36 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf.

Ich will jetzt zu den Ergebnissen gar nichts sagen, wir haben es mit heißer Nadel jetzt noch hinbekommen, dass alles noch zusammen zu stricken, es gibt jetzt einzelne Wortmeldungen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Hinter uns liegt eine Beratungszeit über den Doppelhaushalt 2019/2020 von über vier Monaten. Bereits vor dem Sommer stellte uns die Verwaltung den ersten Entwurf der Haushaltsplanung zur Verfügung. In den vergangenen Wochen beratschlagte der Gemeinderat über weitere Gelder, die er in den Haushalt eingestellt wissen wollte. Es waren zwei intensive Beratungstage, die CDU-Fraktion ist insgesamt gesehen zufrieden. Wir haben einen solide geplanten Haushalt vor uns liegen, zukunftsweisende Projekte sind für unsere Stadt abgesichert, wichtige neue Maßnahmen in die Wege geleitet, insbesondere im Sozial- und Kulturhaushalt haben wir wichtige Akzente gesetzt. Vieles ist bereits im Haushaltsvorschlag der Verwaltung, in der ersten Veränderungsliste enthalten. Das alles funktioniert nur, weil die derzeitige Einnahmesituation der Stadt gut ist. Das will ich an dieser Stelle betonen, allerdings bleibt es beim Haushaltsstabilisierungsprozess, dieser wurde lediglich unterbrochen, das Thema bleibt bestehen. Ihnen, Frau Erste Bürgermeisterin, danke ich noch einmal für die umsichtige Haushaltskalkulation. Die Beratungen über den Haushalt empfand ich geprägt von großer Kooperation und Kollegialität, dafür danke ich auch Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Hier gilt mein Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, für die stringente und gute Organisation.

Speziell im Blick auf die Anträge der CDU-Fraktion, konnten wir in den unterschiedlichen Bereichen deutlich unsere Vorstellungen einbringen. Zahlreiche unserer Anträge wurden beschlossen und somit wichtige Anliegen umgesetzt. Darunter sind Maßnahmen wie die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Der Gemeinderat hat beschlossen, Gelder in den zukünftigen Haushalt einzustellen und zehn neue Stellen zu schaffen. Die Personalerhöhung des KOD ist ein deutliches Signal für mehr Sicherheit und Ordnung in Karlsruhe. Dieser Beschluss war der CDU ein sehr wichtiges Anliegen. Ich bin auch erleichtert, dass der Gemeinderat unserem Antrag zugestimmt hat, zwei neue Stellen in der Stadtverwaltung, speziell für den Breitbandausbau zu schaffen. Ihre Aufgabe wird es sein, sich konzeptionell mit der weiteren Planung und Umsetzung zu befassen, die Zeit drängt. Im Sozialhaushalt konnten wir wichtige Vorhaben im Einvernehmen durchsetzen. Ich erinnere zum Beispiel an Gelder, die wir mit Sperrvermerk, etwa für die Entwicklung eines Konzeptes für die Beitragsfreiheit von Kindergärten, erreicht haben. Hier ist jetzt die Verwaltung gefragt. Auch nenne ich exemplarisch die Anträge für den Kinderschutzbund, die Bahnhofsmision sowie die Einrichtungen, die sich für Opfer von häuslicher Gewalt einsetzen. Nennenswerte Beträge wurden auch in den Teilhaushalt Kultur eingestellt. Mit Blick auf den Teilhaushalt hat es sich die CDU nicht leicht gemacht, Förderanträgen zuzustimmen oder sie abzulehnen. Wie Kollege Heilgeist bereits formuliert hat, alles wäre es Wert gewesen, von der CDU unterstützt zu werden, aber im Haushalt der Stadt gibt es Möglichkeiten, die nicht überschritten werden können. Deswegen mussten wir eine Auswahl treffen. So konnten wir insbesondere die Bezuschussung wichtiger Jubiläen erreichen, etwa für den Jazzclub, das Lindenblütenfest in der Weststadt und das ZKM. Auch für andere Vereine konnten wir eine gezielte Förderung erreichen, zum Beispiel für das Konzept Kulturhaus im Passagehof, die Kinemathek und den Jazzclub. Abschließend möchte ich festhalten, wir haben uns unserer Verantwortung gestellt, und hart mit dem Finanzierungsvorhaben des Doppelhaushaltes gerungen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf haben wir das Bestmögliche für unsere Stadt erreicht, die Haushaltsstabilisierung wird fortgesetzt und die gute Ausgangslage erlaubt uns dennoch Investitionen in einem gewissen Rahmen. Die CDU-Fraktion wird deshalb diesem Haushalt zustimmen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir haben es geschafft, entgegen aller Vermutungen haben wir in Rekordtempo diese 462 Einzelanträge zu 270 Themen beraten, und die SPD-Fraktion ist mit dem Ergebnis der Haushaltsberatung zufrieden. Wir konnten in diesen zwei Tagen viel Gutes für Karlsruhe auf den Weg bringen. Mehrere Anträge, die uns wichtig waren, fanden eine Mehrheit und können nun umgesetzt werden. So war uns ein besonderes Anliegen, den Kommunalen Ordnungsdienst und die Feuerwehr personell zu stärken, dass der Mietspiegel online verfügbar wird sowie eine finanzielle Stärkung der Bürgervereine für ihre wichtige Arbeit. Gefreut haben wir uns auch über eine weitere Stellenschaffung für die Wohnraumakquise und über die finanzielle Unterstützung der Anträge für Menschen mit problematischen Lebensumständen, wie die Bahnhofsmision, die Suchthilfe sowie der Kinderschutzbund und die Krebsberatungsstelle, um nur einige Beispiele zu nennen, die von uns unterstützt wurden. Die Kulturszene hat nicht zuletzt durch unsere Vorgaben in unserer Haushaltsrede eine große Berücksichtigung und Förderung erhalten, und zwar quer Beet durch die Kulturlandschaft. Das freut mich natürlich besonders. Für das Projekt Kultur im Passagehof haben wir einen großen finanziellen Vorschub geleistet, und wir sehen dem Projekt mit viel Zuversicht entgegen. Von ZKM und Sandkorn bis zum Theater die Käuze, Marotte und Jakobustheater - wir haben versucht, mit Maß und Gerechtigkeit die Institutionen zu unterstützen und auch jungen Kultureinrichtungen eine Chance eingeräumt und sie mit einer erstmaligen institutionellen Förderung unterstützt. Dennoch konnten auch wir nicht alle berücksichtigen. Besonders gefreut hat uns, dass unser Antrag „Bienen retten mit künstlicher Intelligenz“ mit einer Mehrheit unserer Kolleginnen und Kollegen überzeugt hat. Hightech made in Karlsruhe, leider ohne Unterstützung der GRÜNEN-Fraktion - unverständlich. Schade, dass unser Antrag zur Bildung eines Finanztopfes für die Karlsruher Tafeln knapp abgelehnt wurde. Auch hier hätten wir uns die Unterstützung der CDU und der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN-Fraktion erhofft. Besonders hervorzuheben ist der nun finanziell vorbereitete Weg zur gebührenfreien Kita, das ist ein großer wichtiger Schritt, hier herrschte Konsens im Gemeinderat. Viele weitere Schritte, mit Unterstützung von Bund und Land, müssen nun folgen. Die Gebührenfreiheit wird nun von uns schrittweise vorangetrieben, und zwar ohne Qualitätsabstriche. Alles in allem konnten wir viel erreichen und haben mit Weitsicht, aber auch mit Vernunft entschieden. Zum Schluss möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die guten Gespräche im Vorfeld bedanken. Im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren konnten so viele Redebeiträge kurz gehalten oder gar gespart werden. Wir haben das sehr gut bewältigt. Großen Dank auch an die Verwaltung für die gute Vorbereitung und Unterstützung unserer Arbeit und an unseren Oberbürgermeister, der uns zwei Tage souverän durch die Beratungen geleitet hat. Meine Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Stadtrat Honné (GRÜNE): In vielen Bereichen ist die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion mit den Haushaltsberatungen zufrieden. Der wichtigste Beschluss ist sicher der Einstieg in den Stufenplan mit fünf Millionen Euro für die Beitragsfreiheit der Kitas. Das setzt ein Zeichen für Familienfreundlichkeit und soll in der Gebührenfreiheit für Kitas enden. Auch für ältere Menschen konnten wir eine wichtige Verbesserung erreichen. Für Kurzzeitpflegeplätze werden Träger der Altenpflege zukünftig einen städtischen Zuschuss erhalten. Durch fraktionsübergreifende Anträge können das Frauenhaus Wildwasser e. V. und der Sozialdienst katholischer Frauen ihre Angebote gegen Gewalt an Frauen ausweiten, um nur ein Beispiel im Sozialbereich zu nennen. Als besonderen Erfolg sehen wir, dass in Zukunft viele Kultureinrichtungen mehr Geld erhalten. Gerade die vielfältigen Angebote der soziokulturellen Zentren und der vielen Kulturvereine in den Stadtteilen, sind uns dabei wichtig. Zur Verbesserung der Biodiversität konnten wir erreichen, dass der Anteil der artenreich blühenden

Wiesen wieder ausgeweitet und die Mittel für Natur- und Umweltbildung an Schulen erhöht wurden. Jetzt kommt das große „Aber“ - die Karlsruher GroKo hat offenbar immer noch nicht den Ernst der Lage, des dramatischen Klimawandels und des Insektensterbens erkannt. Da hilft auch nicht der Antrag „Hightech für Bienen“ weiter, denn damit wäre nur festgestellt worden, wie der Zustand ist, aber den kennen wir. Wir brauchen Geld für Maßnahmen gegen das Artensterben, und das wäre damit nicht verbunden gewesen. Zum Beispiel wurden unsere Anträge auf Erhöhung der Stellen und Mittel für ökologisch ausgerichtete Pflegemaßnahmen im Stadtwald oder die Bewässerung der Stadtbäume sowie mehr Geld für Fassaden und Dachbegrünung, um sich gegen den Klimawandel selbst zu schützen, abgelehnt. Auch die zügige fahrradfreundliche Umgestaltung der Stadt ist uns wichtig, dafür wurden zusätzliches Geld und Personal erreicht, allerdings nicht in dem Umfang, in dem es eigentlich nötig gewesen wäre. Wenn schon die Stadt denkt, das Personal aufzustocken, hoffen wir insofern darauf, dass das Personalamt noch weitere Stellen, gerade beim Tiefbauamt und Stadtplanungsamt, von sich aus vorschlagen wird, und die hoffentlich auch im Personalausschuss durchgehen, weil es sehr wichtig wäre, mehr Personal zu haben. Selbst die Erhöhung der Zahl der Politessen wurde abgelehnt, obwohl man da völlig kostenlos bleibt, weil die ihre eigenen Kosten wieder einspielen. Auch hätte man da die Geh- und Radwege von den illegal geparkten Autos stärker befreien können, und auch dass wurde eben abgelehnt.

Die Beschlüsse führen insgesamt in einem nicht unerheblichen Maß zu einer Belastung des Haushalts. Das ist auch ein bisschen der nahenden Wahl im nächsten Jahr geschuldet, und bei den nächsten Haushaltsberatungen können wir auch ganz sicher sein, dass wir nicht mehr so freigiebig sein können, weil wir dann wieder sparen müssen. Wir sind aber auch diesmal davon überzeugt, dass trotz der zusätzlichen Ausgaben, die Mittel für Kredite nicht aufgenommen werden müssen, auch wenn sie jetzt in der Veränderungsliste stehen, weil erfahrungsgemäß die Investitionen nicht abgearbeitet werden können, und auch immer wieder Geld gefunden wird. So sage ich es mal, weil aus verschiedenen Quellen zusätzliche Einnahmen dann doch noch einfließen. Deshalb können wir diesem Haushalt zustimmen.

Stadtrat Haug (KULT): KULT ist zu diesen Haushaltsberatungen angetreten, um die Belange der Bürgerinnen und Bürger stärker zu berücksichtigen. Die Vielzahl von Anträgen hat gezeigt, dass diese im ersten Haushaltsentwurf nicht ausreichend berücksichtigt waren. Wir sind auch angetreten, um vor allem die freien Träger und Kleininitiativen zu unterstützen. Dabei waren uns besonders jene wichtig, die sich um Menschen kümmern, die am Rande der Stadtgesellschaft leben. Gemeinsam haben wir im Sozialbereich viel erreicht. Hier lag KULT zum Beispiel die bessere personelle Ausstattung des Kinder- und Jugendtreffs im Osten der Südstadt oder aber die Unterstützung des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder am Herzen. Schade jedoch, dass wir sie nicht von unserem Antrag auf Erhöhung des Anteils der mietpreisgebundenen Wohnungen erwärmen konnten, auch für unsere Initiativen zur Ausweitung des Karlsruher Passes und des Kinderpasses oder der Kulturküche von Lobin hatten wir uns einen besseren Ausgang gewünscht.

Zum Verkehr: Bei den Mitteln zur Förderung des Radweges wäre mehr drin gewesen, aber immerhin wurde einiges erreicht. Bei einer weiteren großen Herausforderung im Rahmen der Stadtplanung, nämlich dem Schutz von Baudenkmälern, sind Sie uns leider auch nicht gefolgt, der Erhalt der Garnisonskirche in Knielingen wäre es Wert gewesen. Weitere Initiativen der KULT, wie die Angebotsausweitung des Nightliners, die Preissenkung der Scoolcard oder der Lärmschutz der Sudetenstraße fanden ebenso keine Zustimmung des

Gemeinderates. Wir sind überzeugt, dass diese Punkte Karlsruhe für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger attraktiver gemacht hätte. Was uns wiederum sehr freut, dass unser Antrag für den Livestream aus dem Gemeinderat eine breite Unterstützung gefunden hat. Erfreulich sind aus unserer Sicht, die gute Zusammenarbeit und die breite Unterstützung des Gemeinderats im Kulturbereich. Wir haben versprochen, dass kleine Kultureinrichtungen neben den großen Investitionen für das Staatstheater nicht vergessen werden. Das spiegelt sich im Ergebnis der Beratungen wieder. Wenige Wermutstropfen waren die Ablehnung der Anträge für den Förderverein der Studierendenschaft, die Umzugskosten der Wirkstadt, oder auch dem Stummfilmfestival. Denen stehen die Förderung zahlreicher Institutionen des Gemeinderates gegenüber, zum Beispiel die Gulaschprogrammiersnacht oder die Kindermalwerkstadt, die nun total glücklich und erleichtert in die Zukunft blicken können. Oder wenn wir an unseren Leuchtturm denken, der Alte Schlachthof wurde mit der Förderung des Ausgeschlachtet e. V., des Substages und des Tollhauses bedacht, mit einer breiten Mehrheit für das Atoll-Festival. Nicht zuletzt sind wir froh, dass der Gemeinderat die Chancen sieht, die in der Einrichtung einer Zirkusakademie liegen könnten. Die KULT-Fraktion ist mit dem Gesamtergebnis zufrieden und wird zustimmen. Der Gemeinderat hat die Gestaltungsspielräume für die nächsten zwei Jahre genutzt und einiges gerade gerückt, was bisher so nicht erhalten war. Zahlreiche Institutionen wurden von vielen Fraktionen durch Anträge unterstützt, das zeigt uns, viele kulturelle und soziale Anliegen sind in Karlsruhe Konsens, das ist Klasse.

Stadtrat Höyem (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie waren wirklich letzte Woche am Dienstag und Mittwoch ganz oft allein. Sie haben es mit einem Lächeln ausgehalten, wenn wieder und wieder die elektronische Tafel 48 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme dargestellt hat. Die Finanzbürgermeisterin konnte nicht abstimmen, aber ihr Gesicht war so deutlich zu lesen wie der elektronische Schirm. Aber ganz allein waren Sie doch nicht, wieder und wieder hat der große Bildschirm das gleiche Muster gezeigt, vier Gegenstimmen und 45 Ja-Stimmen, auch als FDP-Stadtrat hat man sich oft allein gefühlt und sich vielleicht sogar ein bisschen geärgert, wenn wir zusammen mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gegen gute und positive Vorschläge gestimmt haben, aber es war notwendig. Wir sehen heute die Eckzahlen für 2019 und 2020, und wir wissen, dass es so nicht weitergehen kann. Noch ist United Kingdom EU-Mitglied, die Premierministerin Mrs. Thatcher hat vor vielen Jahren einen unvergesslichen Satz formuliert, einen Satz, den wir alle oft vergessen. Sie sagte: "We, the government, we have no money. We have only your money, your tax-money."

Frau Finanzbürgermeisterin, Sie haben in der Haushaltsdebatte gesagt, dass es Karlsruhe gut geht, recht haben Sie. Aber den Appetit, mehr Steuergeld auszugeben, hat Ihre Aussage trotzdem geweckt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir haben schlaflose Nächte gehabt, wenn wir im sozialen und kulturellen Bereich überlegt haben, wo wir Ja und Nein sagen sollten. Wir haben sehr großen Respekt für alle Ehrenamtlichen, die für ein Projekt Feuer und Flamme sind und sich einsetzen. Viele dieser guten Projekte haben auch eine sehr medienfokussierte effiziente und starke Lobby-Arbeit gemacht. Wir wissen alle, dass 2019 ein Wahljahr ist, trotzdem müssen wir sagen, dass die Steuerzahler, der Mittelstand, die Handwerker, die Unternehmer, keine effiziente Lobby haben und hier im Gemeinderat kein zu großes Verständnis, keine Empathie und ganz wenig Medieninteresse finden. Wir haben hier im Gemeinderat in der Vorbereitungszeit eine sehr gute Zusammenarbeit gehabt, Danke dafür an alle. Wir haben alle schlaflose Nächte gehabt, mit unserem Haushalt 2019/2020 haben wir an die Regierungspräsidentin, Frau Kessel, diese schlaflosen Nächte weitergegeben. Wir sind doch relativ optimistisch, es geht Karlsruhe ganz gut. Wir oder

unsere Nachfolger bekommen für den Haushalt 2021/2022 eine noch größere Aufgabe. Es ist eine Binsenweisheit, dass man in guten Zeiten für die schlechten Zeiten sparen muss. Diese Binsenweisheit haben wir wahrscheinlich dieses Mal ganz vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben in der Haushaltsdebatte sehr viele gemeinsame Anträge von CDU, SPD und GRÜNEN diskutiert. Die FDP war ganz bewusst nicht in dieser Gruppierung. Wir haben wieder und wieder Nein zu vielen Ausgaben gesagt, aber ohne Erfolg. Karlsruhe muss einen Haushalt haben, aber nicht diesen. Es geht Karlsruhe gut, aber dieser Haushalt bedeutet in 2019 fünfzig Millionen Euro Kreditermächtigung, und in 2020 müssen wir mit den vielen neuen Stellen die Kreditermächtigung auf 170 Millionen Euro aufsatteln. Herr Oberbürgermeister, Sie müssen wahrscheinlich Ihrem Haushalt zustimmen, aber hier trennen sich unsere Wege. Wir Liberalen finden nicht, dass der Haushalt 2019/2020 für Karlsruhe mit verantwortlichem Umgang für die Steuergelder und Zukunftsplanung zu vereinbaren ist. Deshalb müssen wir dagegen stimmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben uns alle in den Haushaltsberatungen ziemlich angestrengt, und was ist dabei herausgekommen? Das muss man sich tatsächlich fragen. Herr Pfannkuch hat vorhin darauf hingewiesen, beim letzten Mal, vor zwei Jahren, da waren wir am Ende des Haushaltsstabilisierungsprozesses und haben dementsprechend viele Kürzungen vorgenommen. Er hat gesagt, dieser Stabilisierungsprozess bleibt bestehen, er wurde jetzt nur unterbrochen. An der Stelle möchte ich gerne einhaken. Wie war es denn vor zwei Jahren? Wir haben damals im Haushalt 2017/2018 an sehr vielen Stellen gespart. Im Kulturbereich haben wir beispielsweise drei Prozent gespart, im Sozialbereich dagegen bei sehr vielen Stellen 4,5 Prozent, und bei manchen auch neun Prozent. Dieser Unterschied zwischen Kultur- und Sozialbereich wurde bei diesen Haushaltsberatungen leider nicht wieder in Ordnung gebracht, weil der Gemeinderat in vielen Kulturprojekten draufgesattelt hat. Wir haben im Kulturbereich nicht zugestimmt, dafür aber bei den meisten Projekten im Sozialbereich, einfach um dieses Ungleichgewicht wieder herzustellen.

Dennoch ist es unter dem Strich so, dass unser Ziel aus 2016, vierhundert Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren zu sparen, zum Teil wieder zurückgenommen wurde. Das heißt, der Teil, der die Ausgaben betrifft, wurde zurückgenommen. Ein großer Teil davon, zwei Drittel, war nicht eine Reduzierung von Ausgaben, sondern eine Erhöhung von Steuern, und wir haben das Sparen an den Ausgaben zum großen Teil zurückgenommen, aber die Steuern und die Abgabenerhöhungen haben wir nicht zurückgenommen. Unser Antrag, die Grundsteuer B wieder auf den vorherigen Wert zurückzuführen und damit das Wohnen in Karlsruhe zu entlasten und insgesamt diese Erhöhung der Grundsteuer hat Mehreinnahmen zwischen sechs und sieben Millionen Euro pro Jahr zur Folge. Das heißt, die Bürger und Grundstücksbesitzer in dieser Stadt müssen seit 2016 dieses Geld jedes Jahr zusätzlich zahlen. Unser Antrag wurde nicht angenommen, die Grundsteuer B bleibt auf diesem hohen Niveau, und da die Steuer mit der Miete weitergereicht werden kann, bedeutet das auch, dass die Mieten um diesen Betrag teurer geblieben sind. Genauso wurde damals eine Zweitwohnungssteuer eingeführt. Die Zweitwohnungssteuer beträgt zehn Prozent der Nettomiete also 1,2 Mieten jedes Jahr. Auch dadurch wurde das Wohnen teurer gemacht, für diejenigen, die eine Zweitwohnung brauchen und keine Erstwohnung anmelden können. Natürlich ist es eine große Motivation, statt der Zweitwohnung hier eine Erstwohnung anzumelden, und deswegen haben wir beantragt, dass die Erstwohnsitzkampagne, die jedes Jahr 1,7 Millionen Euro kostet, beendet wird - auch dem wurde nicht zugestimmt. Für uns bedeutet das unter dem Strich, dass vielen Ausgaben, die im Haushaltskonsolidie-

rungsprozess reduziert wurden, wieder eingeführt wurden, im Sozialbereich aus unserer Sicht zurecht, dass aber die ganzen Steuer- und Abgabenerhöhungen alle unangetastet geblieben sind. Das bedeutet, dass die Bürger deutlich stärker belastet werden. Das finden wir nicht in Ordnung, und deswegen werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Es war eine dankbare Äußerung des Kollegen Pfannkuch, gleich mit der Wahrheit zu kommen, zu sagen, ja, wir haben jahrelang konsolidiert, wir unterbrechen mal kurz, denn schließlich haben wir nächstes Jahr Kommunal- und Europawahl, aber danach geht die Kürzungsarie wieder weiter. Das ist so geäußert worden, und das Spiel kenne ich auch schon ziemlich lange. Von daher weiß ich auch, dass der erste Nachtrag in einem Jahr kommt, und dann heißt es, dass wir wieder nachkorrigieren müssen, und danach geht es schon zum nächsten Doppelhaushalt. Im Übrigen, viele der Leistungen, die jetzt eingestellt wurden, zur Förderung sozialer Projekte sind im Endeffekt die Deckelung dessen, was wir jahrelang gekürzt haben. Jetzt haben wir ein bisschen was nachgeholt, stopfen das Loch wieder, und brüsten uns damit, aber wir müssen auch geben, denn die sozialen Verbände müssen und sollen ihre Arbeit machen.

Dann höre ich, was die Stadt alles für den Wohnungsbau tut, aber am Ende zählen nur die Ergebnisse. Wir haben für viele Bürgerinnen und Bürger eine Wohnungsknappheit im Bereich bezahlbarer Wohnungsbau. Seit über zehn Jahren diskutieren wir darüber, und seit über zehn Jahren heißt es, wir bemühen uns. Aber es kommt kein ausreichendes Ergebnis dabei raus. Jetzt können wir sagen, wir tun alles, aber so funktioniert Politik nicht. Interessanterweise bei anderen Projekten, wie zum Beispiel dem Stadion, da hat man sich schnell geeinigt und 200 Millionen Euro locker gemacht, und Sie werden sehen, die werden nicht mal reichen. Da werden solche großen Projekte gemacht, und komischerweise sind die schneller umsetzbar. Da wird einfach beschlossen und umgesetzt. Aber im Wohnungsbau wird nur viel geredet und sich viel bemüht, aber es gelingt nicht.

Des Weiteren, Die Linke in unserem Gemeinderat hätte gerne mehr Mittel für Prävention gesehen und nicht, dass die Stadt Karlsruhe noch stärker in kommunale Ordnungsdienste investiert und die Landesleistung wie den Polizeidienst in die Kommune holt, um sie zu finanzieren. Seit wann machen wir denn das? Zwanzig Jahre lang habe ich gehört, beitragsfreie Kitas sind Landessache, die müssen das finanzieren, aber die Polizeileistung über die kommunalen Ordnungsdienste, wird einfach kommunal finanziert. Zu den Kindertageseinrichtungen, dem sogenannten Einstieg in die Beitragslosigkeit, die auch wir mit beschlossen haben, da muss ich mal etwas richtigstellen. Erst mal finde ich es nach zwanzig Jahren prima, dass der Gemeinderat endlich verstanden hat, dass Bildung ab dem ersten Jahr beginnt und nicht erst ab der ersten Klasse und dass Bildung beitragsfrei sein muss, und natürlich in hoher Qualität. Aber ich möchte noch daran erinnern, das hat Oberbürgermeister Dr. Mentrup auch gesagt, wir haben hier nicht den Einstieg in die Beitragsfreiheit gemacht, wir haben einfach nur den Preis etwas reduziert. Also da sollte man etwas ehrlicher sein, auch mit den Äußerungen nach außen. Wir reduzieren Beiträge, und es ist auch richtig, dass wir die grün-schwarze Regierung ins Boot holen oder an ihre Verantwortung appellieren, Finanzen zur Verfügung zu stellen, damit letztlich mit dem Bund eine Beitragsfreiheit erreicht werden kann. Wir werden uns bei diesem Haushalt enthalten, weil wir glauben, es ist sehr stark den Wahlen geschuldet, aber auch den Kürzungen der vergangenen Jahre, dass jetzt Mittel eingestellt werden. Wir sehen aber auch die Defizite und eine Logik, die nicht stimmig ist, wo wir einfach mehr Gewicht in soziale und kulturelle Bereiche legen müssten und weniger in Großprojekte, die in Karlsruhe fast alle defizitär

und fehlkalkuliert waren. Einige der großen Brocken, die wir jeden Tag sehen, kennen wir, und die muss ich jetzt nicht alle wiederholen. Wir werden uns enthalten.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Ich wiederhole mich gerne, dieser Turm der Investitionen hat ein schlechtes Fundament, und er ist sogar noch schlechter geworden. In guten Zeiten legt man eigentlich zurück, Herr Høyem hat es schon gesagt, in schlechten Zeiten gibt man Investitionen. Es ist momentan sogar so, dass wenn man heute investiert, man bis zu dreißig Prozent mehr bezahlt, weil die Handwerker keine Zeit haben und ausgebucht sind. Aus dem Grund haben wir gesagt, dass dieser Haushalt unklug und nicht generationengerecht ist, weil der Ergebnishaushalt das einfach nicht hergibt. Der neue Ergebnishaushalt gibt gerade noch mal elf oder zwölf Millionen Euro her. Wie wollen wir damit diese Rieseninvestition finanzieren? Aus dem Grund haben wir auch den Antrag gestellt, diese 160 Millionen Euro, das war der Betrag, der den damaligen Verschuldungsbetrag ausmachte, irgendwie an den Investitionen runter zu sparen, zu schieben oder zu kürzen. Es war interessant, dass zu diesem Antrag kein einziger der hier anwesenden Stadträte sich geäußert hat. Es kam einfach nichts dazu, es war offensichtlich kein Anliegen, dass auch bei Ihnen irgendwie angekommen war. Offensichtlich wurde nicht bemerkt, an welcher Stelle der Haushalt steht. An der Stelle möchte ich schon ganz klar unsere Enttäuschung darüber ausdrücken.

Wir haben jetzt hier in den Haushaltsberatungen zu sehr vielen sozialen und kulturellen Anträgen zugestimmt. Wenn man da zustimmt, muss man auch sagen, das nimmt uns Spielraum bei den Investitionen weg, macht den Investitionsspielraum kleiner. Diese Konsequenz muss man ziehen, wenn ich auf der einen Seite mehr ausbebe, muss ich auf der anderen Seite weniger ausgeben. Mir scheint es hier nicht so zu sein, dass das ganz klar ist. Die GRÜNEN haben es gerade gesagt, dass das dem kommenden Wahlkampf zu schulden ist. Ehrlich gesagt, das darf eigentlich kein Argument sein, wer Wahlkampf machen möchte, muss Geld ausgeben, denn wir können unsere Wähler nicht kaufen. Ich halte es in der Tat für nötig, im Sozialbereich und im Bereich Kultur etwas zu tun, für die Kleinen und Schwachen war es genau richtig. Deswegen muss die Konsequenz an anderer Stelle sein, sich nicht mehr alles zu leisten, und das habe ich nicht gehört. Die CDU sagt interessanterweise, es sei ein solider Haushalt. Also ich bin gewiss kein Haushaltsexperte, aber wenn dieser Haushalt solide ist und 200 Millionen Euro Verschuldung aufbaut, dann ist das für mich alles andere als solide. Wir können diesem Haushalt so nicht zustimmen. Herr Oberbürgermeister, eine kleine Randbemerkung, am Samstag zum Tag der offenen Tür im Rathaus, hatten wir einen kleinen Tisch mit der Aufschrift „Wo drückt der Schuh?“. Wir haben zwei Wanderschuhe darauf gestellt. Es kamen ganz viele Leute an mir vorbei, und wenn ich die Frage gestellt habe, wo denn der Schuh drückt, kam zur Antwort, dass man in Karlsruhe die großen Dinge ausbaut, aber für die kleinen Dinge habe man kein Geld. Es wurde gesagt, diese Straßenlampe, diese Einrichtung und so weiter können wir uns nicht leisten. Dieser Verlust der kleinen Qualität, den beklage ich an der Stelle wirklich. Wir sind sehr auf große Projekte aus, und deswegen leiden die kleineren. In der nächsten Haushaltsrunde wird dann auch wieder an den kleinen Projekten gespart, weil die großen Projekte wie eine Dampfwalze über alles hinweg laufen. Ich fürchte jetzt schon, dass die Gewerbesteuererhöhung auch schon wieder angedacht ist. Zu solchen Dingen sage ich Nein, und deswegen sagen wir an dieser Stelle rechtzeitig Nein, zu diesem Haushalt.

Stadtrat Wenzel (FW): Erlauben Sie mir noch einen letzten Blick auf die zurückliegenden Haushaltsberatungen, der vielleicht erklären wird, warum wir Freien Wähler vorsichtig bei

all den geweckten Begehrlichkeiten waren, die einen nur scheinbar positiven Haushaltsabschluss bedeuten, und uns mit eigenen Anträgen zurückgehalten haben. Es ist richtig, dass laut vorgelegter Hochrechnung die Erträge des Kämmereihaushaltes der Stadt im Jahr 2017 tatsächlich über den Aufwendungen liegen. Schaut man aber auf den Gesamtkonzern Stadt mit allen Gesellschaften, dann muss man leider feststellen, dass die Verschuldung Karlsruhes durch Investitionen ohne Kassenkredite um weitere 100 Millionen Euro auf fast 1,7 Milliarden Euro gestiegen ist. Uns Freien Wählern und Stadtrat Stefan Schmitt lag vor allem das Thema Sicherheit in der Innenstadt am Herzen. So forderten wir neben einem Frauentaxi für die Nacht auch ein Sicherheitskonzept für die Innenstadt, mit einem festen und ständig besetzten Polizei- und KOD-Stützpunkt in unmittelbarer Nähe des Europaplatzes, wie es die Stadt Heidelberg am Bismarckplatz praktiziert. Wie wichtig eine solche Maßnahme gewesen wäre, zeigt ein Blick in die heutige Tageszeitung. Wieder wurde in der Partymeile unserer Stadt, nicht weit vom Europaplatz, ein Angestellter einer Diskothek von einem jungen Mann mit einem Messer bedroht, nach dem ihm und seinen zwei Freunden der Einlass verweigert wurde. Leider kommen solche Vorfälle immer wieder vor, und die Verantwortlichen in diesem Haus verstricken sich, wie bei den Haushaltsberatungen, in endlose Diskussionen, ob unsere Innenstadt sicher ist, oder nicht.

Wenigstens gab es einen Minimalkonsens bei den Haushaltsberatungen, und zwar bei der Aufstockung des KOD um zehn weitere Stellen. Der Aufgabenbereich des KOD ist gewachsen, und er wird weiter wachsen. Auch der ausgewogene Sozial- und Investitionshaushalt, die Ausgaben die wir geplant haben und der erste Schritt in den Weg des Kitafreibetrages sind Zeichen und stimmen mich positiv für die Zukunft unserer Stadt. Aber das sind nur ganz wenige positive Ergebnisse der zurückliegenden Haushaltsberatungen. Haushaltsberatungen, die ich sehr fair fand. Die Stimmung hier im Haus war sehr aufgeschlossen, es waren sehr viele sachliche Themen und es hatte ein hohes Niveau. Es hat Spaß gemacht, diese Haushaltsberatungen hier in diesem Kreis zu erleben. Die Vorbereitungen der Verwaltung, der Kämmerei, waren großartig und die Leitung der Sitzung war professionell. Deshalb haben wir es auch in einer hervorragenden Zeit geschafft. Aber trotzdem möchte ich meinen Unmut nicht verschweigen, dass einige Gruppierungen und Parteien hier in diesem Hause mit Blick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr die zurückliegenden Haushaltsberatungen für die eine oder andere großzügige Verteilung von Wahlgeschenken genutzt haben, ohne auf die Kosten zu achten, die uns in den nächsten Jahren zusätzlich belasten werden. Egal wie die Themenlage war, daraus ergeben sich Mehrausgaben für unsern Haushalt von circa elf Millionen Euro pro Jahr. Ich bin gespannt, und wir alle dürfen gespannt sein, wann der Realität des Faktischen, dieses Füllhorn wieder zum Versiegen bringt. Ich empfehle Ihnen daher das Buch des Boston Consulting Leiters Daniel Stelter „Das Märchen vom reichen Land“, das beschreibt, wie uns die Politik ruiniert. Darin stellt er die These auf, dass die bisher stabile Konjunktur in unserem Land nicht Dank, sondern trotz der Politik der vergangenen 13 Jahre entstand und dass die politische Miswirtschaft ohne einen Hauch von Reformeifer sich bald rächen und die Verteilungskonflikte sich verschärfen werden. Dass in unserem Europa so etwas möglich ist, erleben wir die Tage in Frankreich. Betrachtet man den zurückliegenden Haushaltsentwurf und den Aspekt der Haushaltsehrlichkeit, dann ist diesem, so wie unser Vorredner unserer Zählgemeinschaft es bereits erwähnt hat, nicht zustimmbar. Ich werde daher diesen Haushalt ebenfalls ablehnen.

Stadtrat Schmitt (parteilos): Das einzige Positive an diesem Haushalt ist die Aufstockung des KOD. Eine Maßnahme, die längst überfällig war, die aber mit zehn neuen Mitarbeitern

gerade mal halb so hoch ist, wie sie hätte sein müssen. Vielleicht werden die nächsten zehn Mitarbeiter bei der nächsten Kommunalwahl eingestellt. Ja das ist richtig, Sicherheit kostet Geld, und mehr Sicherheit erhöht auch die Ausgaben. Wenn man sich dann mal ausschaut, wo überall sonst die Ausgaben erhöht wurden, insbesondere bei den freiwilligen Leistungen, ist klar, dass vieles von dem, was mit der Haushaltsstabilisierung erreicht wurde, mit diesem Haushalt wieder zunichtegemacht wird. Aus diesem Haushalt ergeben sich Mehrbelastungen von rund elf Millionen Euro pro Jahr, in fünf Jahren also mehr als fünfzig Millionen Euro, und das vor dem Hintergrund der Risiken bei den laufenden Großprojekten, wo längst nicht alle Kosten auf dem Tisch sind. Insbesondere der Verzicht auf die 2,5 Millionen Euro pro Jahr von der Volkswohnung zeigt, dass hier Illusionisten am Werk sind. Man sollte inzwischen registriert haben, dass trotz einem Plus von 180 Millionen Euro im letzten Haushalt die Schulden weiter gestiegen sind, und für die Folgejahre noch höhere Kreditaufnahmen geplant sind. Der Haushalt, über den wir heute abstimmen, wird dafür sorgen, dass die Schuldenlast noch weiter steigt, deshalb könnte es sein, dass auch dieser Haushalt einer Prüfung durch das Regierungspräsidium nicht standhalten wird, und deshalb stimme ich auch dagegen.

Stadtrat Pfankuch (CDU): Wir sind nun mehrfach, auch relativ unsachlich, angegriffen worden für unsere insgesamt positive Bewertung dieser Beschlüsse, die wir hier in diesem Gremium gefasst haben. Natürlich hat jeder immer andere Schwerpunkte gehabt, und es haben sich die unterschiedlichen Schwerpunkte aufgehäuft, das mag schon sein, aber das ändert doch überhaupt nichts daran, dass der Konsolidierungsprozess, wie wir ihn vor zwei Jahren eingeleitet haben, ganz wichtig und dringend war, und dass er in diesem Haushalt, sofern die Solidität des Haushaltes analog gewahrt werden soll, auch fortgesetzt werden muss. Darauf wollte ich hier jetzt noch mal hinweisen. Ich habe in meinem ersten Redebeitrag vor einer Woche ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir jetzt die eine oder andere Maßnahme fördern werden und auch Geld in die Hand nehmen werden. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass alle, die jetzt zusätzlich Geld bekommen, damit rechnen müssen, dass es in anderen Zeiten wieder einen anderen Entwicklungsstand geben wird und wir auch Gelder wieder zurückholen und einsammeln müssen. Darauf habe ich hingewiesen, und ich habe auch in meiner heutigen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass es dieser Stadt durch glückliche Umstände sehr gut geht, weshalb wir uns die momentane Ausgabenpolitik meines Erachtens wirklich verantwortungsvoll leisten können. Ich will aber darauf hinweisen, dass mit einer CDU gleichwohl, wenn es hier wieder etwas populistisch unterstellt wird, eine Gewerbesteuererhöhung nicht möglich ist. Ich will darauf hinweisen, dass wir eine irre Anzahl von Haushaltspositionen für Investitionen eingebaut haben, die nicht abarbeitbar sind. Darauf habe ich schon in der Haushaltsrede hingewiesen. Wir sind uns also auch alle bewusst, dass hier Gelder, wenn man so will, gehortet werden, die nicht ausgegeben werden können. Ich sage das so deutlich, damit der Herr Dollinger auch lachen kann, denn es ist so. Mit diesem Hintergrund und mit diesem Polster glaube ich, kann man sehr wohl davon reden, dass wir uns hier nicht überheben und wer hier von 200 Millionen Euro Schuldenaufbau redet, der hat überhaupt keine Ahnung. Noch ein Letztes, von Wohnungsbaupolitik muss man nicht viel verstehen, wenn man darüber redet, ganz offensichtlich. Es nutzt doch nichts, und das habe ich schon mal gesagt, dass wir fünf Millionen Euro in den Wohnungsbau investieren, aber wissen ganz genau, dass nur ein Bruchteil abgerufen wird, und genau das, was erwartet abgerufen wird, haben wir eingestellt. Nur weil wir diesen Unsinn nicht mitmachen, unterstellen Sie uns Untätigkeit im Wohnungsbau, das kann ich nicht nachvollziehen.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Auf diese 200 Millionen Euro, die sowieso nicht abgearbeitet werden können, muss ich noch etwas sagen. Es ist in der Tat ein Problem, dass wir seit Jahren Projekte finanzieren, die aber nicht umsetzen können, dadurch haben wir einen Berg von Investitionen. Es war im Strukturausschuss schon öfter die Frage, ob man da nicht ein Moratorium hätte einrichten müssen, um die alten Berge abzarbeiten, aber wir kommen da nicht hin. Im letzten oder vorletzten Strukturausschuss war die Aussage, dass es ab jetzt geschafft werden würde, und das ist die spannende Frage, ob es tatsächlich der Fall sein wird. Ich bin der Meinung, dass wir mit einem Haushalt arbeiten müssen, der realistisch ist, der abarbeitbar ist, und wenn dies nicht der Fall wäre, dann wäre der Haushalt nicht ernst zu nehmen. Deswegen nehme ich den Haushalt sehr ernst und wir gehen davon aus, dass es tatsächlich so umgesetzt werden kann, deswegen müssen wir auch unsere Schlüsse daraus ziehen.

Stadtrat Cramer (KULT): Ich verstehe Sie wirklich nicht, das Königsrecht des Gemeinderats, was ist ja mittlerweile fast schon ein abgeschmackter Begriff, ist es, den Haushalt zu erstellen. Wenn ich Ihre Reden höre, oder von vielen, dann frage ich mich, warum wir überhaupt zwei Tage hier hergekommen sind. Der Haushalt, den die Verwaltung vorgelegt hat, ist so super und perfekt, dass wir überhaupt nichts mehr dazu beitragen können, von daher verstehe ich das nicht. Und zum zweiten Punkt verstehe ich nicht, Sie reden alle so negativ über die Wahl, die jetzt im Mai stattfinden wird. Sie diskreditieren praktisch sich selbst. Es ist doch in Ordnung, dass eine Wahl stattfindet, wir wollen doch alle wieder gewählt werden, ist das etwas Schlimmes oder Schlechtes? Das verstehe ich nicht, und Sie sagen, weil die Wahl stattfindet, machen wir Dinge, die letztendlich nicht richtig sind. Das muss mir mal einer richtig erklären, ich verstehe das nicht. Wir sind zur Wahl angetreten und waren froh, dass wir antreten konnten, haben unseren potenziellen Wählern gesagt, warum wir antreten, was wir hier erreichen wollen, und das haben wir seit vier Jahren, vor allem in den Haushaltsberatungen versucht, uns für unsere Wahlversprechen einzusetzen und diese durchzusetzen. Was ist daran nicht legitim? Das verstehe ich nicht. Die Leute, die hier zum Beispiel für den KOD gestimmt haben, die stimmen jetzt auf einmal gegen den Gesamthaushalt, stimmen in letzter Konsequenz gegen Ihre eigenen Anträge und gegen das, was sie letztendlich erreicht haben.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich wollte nur etwas zu meinem guten Kollegen Pfannkuch sagen. Ich finde es ein bisschen beleidigend, dass ein Herr Dollinger und unsere Finanzbürgermeisterin von Ihrer Partei keine Ahnung von Finanzen haben sollen, das finde ich ein bisschen starker Tobak. Weil Sie sagen, falls man denkt, dass diese 170 Millionen Euro echte Darlehen sind, dann hat man keine Ahnung, das geht direkt an die Finanzbürgermeisterin und Herrn Dollinger. Hier steht, eine zusätzliche Kreditermächtigung sei notwendig, 2019 habe man 50 Millionen Euro bereits eingespeist, im Jahr 2020 habe man 110 Millionen Euro gehabt, und nun müsse man auf 170 Millionen Euro aufsatteln. Zu sagen, dass die keine Ahnung von Finanzen haben, finde ich ein starker Tobak.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortmeldungen, ich würde gerne noch drei Punkte klären. Wenn wir in zwei Jahren eine deutlich schwierigere Haushaltssituation für die dann folgenden Jahren besprechen, dann werden Sie von der Verwaltung keinen Vorschlag bekommen, die Gewerbesteuer zu erhöhen, sondern dann werden wir genau über die Höhe der freiwilligen Leistungen wieder miteinander ins Gebet gehen.

Zweiter Punkt: Die Aussage, dass die Schulden weiter steigen, ist insofern falsch, als die Schulden in den letzten Jahren der Stadt Karlsruhe deutlich zurückgegangen sind. Es gab schon immer eine Diskrepanz, das ist richtig beschrieben worden, zwischen dem, was im Haushalt steht und dem, was wir dann später im Vollzug getan haben, oder tun mussten.

Dritter Punkt: Es entstand bei einem Beitrag der Eindruck, dass sich dieser Gemeinderat nicht ausreichend um das Thema sozialgebundenen Wohnraum kümmert. Ich möchte einfach noch mal darauf verweisen, dass wir erst im letzten Jahr diese zwanzig Prozent preisgünstigen Wohnraum auf dreißig Prozent hochgestuft haben, was die Bebauungsplanvereinbarungen für die zentrale Stadt betrifft, und dass man sich bei der Volkswohnung im Verwaltungsrat darauf geeinigt hat, hier etwas bei sechzig oder siebzig Prozent umzusetzen. Das sind alles Summen, die deutlich über dem liegen, was in dem abgelehnten Antrag für die Gesamtbaumaßnahmen begehrt wurde. Insofern hat sich an der Stelle nichts verschlechtert. Es gab hier eine deutliche Mehrheit, genau diesen Kurs so weiter zu fahren. Wir haben Ihnen zugesagt, wenn die drei oder vier Millionen Euro, die im Haushalt stehen, nicht reichen, dass wir dann aufstocken werden. Denn es soll niemand, der einen Anspruch auf kommunale Wohnraumförderung hat, diesen Anspruch nicht auch umsetzen können. Nur bisher sind die fünf Millionen Euro nie gebraucht worden.

Das noch mal als drei Ergänzungen. Ansonsten haben wir einen Haushalt, der zumindest für viele Freie Träger und auch für viele Kultureinrichtungen ein Haushalt ist, wie es ihn in den letzten Jahren noch nie gab. So gesehen hat man genau diese Szene stark stabilisiert und auch nach vorne gefördert, und auch im Bereich der Ökologie sind wir an wichtigen Punkten einen Schritt weiter gekommen, auch wenn man sich da, sicherlich in Anbetracht der Dramatik mancher Ereignisse, noch weitere Schritte vorstellen kann. Aber darüber werden wir mit Ihnen noch ins Gespräch gehen.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und ich bitte um das Votum.

(Die Gemeinderatsmitglieder erheben sich)

Wir stehen beim Haushalt auf? In Ordnung, wir machen das. Sie wollen aber jetzt trotzdem auf das Knöpfchen drücken? Also die Übung ist, dass alle aufstehen, die zustimmen, das war mir jetzt entgangen. Also, alle die nicht zustimmen, bleiben sitzen, und alle die zustimmen, stehen auf. Dann müssen wir jetzt trotzdem schauen, wie wir dann durchzählen. Also Sie möchten trotzdem abstimmen? Also jetzt habe ich es verstanden. Dann machen wir eine inszenierte elektronische Abstimmung mit Aufstehen, und ich bitte Sie jetzt um das elektronische Votum. - Ja vielen Dank, ich denke, das ist ein sehr deutliches, gutes, breites und positives Ergebnis. Ich glaube, wir haben ausreichend Dank ausgesprochen für die zwei Tage der letzten Woche und den verschiedenen Beteiligten, ich will das jetzt nicht wiederholen, aber es ist uns allen noch deutlich im Ohr.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: